Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Band: 95 (1998)

Heft: 8

Artikel: Sind die Bauernfamilien die "neuen" Armen? : Sozialdienste auf den Land stehen vor schwierigen Aufgaben

Autor: Alfirev-Bieri, Charlotte

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-840787

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sind die Bauernfamilien die «neuen» Armen?

Sozialdienste auf dem Land stehen vor schwierigen Aufgaben

Armut in Bauernfamilien ist nicht neu. Trotzdem werden noch kaum Bauern durch die Sozialhilfe unterstützt. Viele Sozialdienste auf dem Land zweifeln daran, dass das so bleiben wird. Sozialhilfe für Bauernfamilien: Da stellen sich den Sozialdiensten und Fürsorgebehörden neue und hochkomplexe Fragen. Im Kanton Bern suchen Landwirtschaftliche Beratungsdienste und das Fürsorgeamt gemeinsam nach Antworten.

«Immer diese Metropolen-Sozialarbeit!», seufzte ein auf dem Land tätiger Sozialarbeiter und gab Yvonne Hofstetter von der Berner Fachhochschule für Sozialarbeit den Anstoss, sich für das Weiterbildungsprogramm dem Thema Landwirtschaft und Sozialhilfe anzunehmen. Die Berner FHS plant nun für den Juni 1999 einen voraussichtlich zweitägigen Weiterbildungskurs. Mit der neuen Agrarpolitik 2002 werden die Bauern einen deutlichen Einkommensrückgang hinnehmen müssen. «Die Lage vieler Bauernfamilien wird sich soweit zuspitzen, dass sie sich nicht mehr selber helfen können. Es ist mit einer spürbaren Zunahme von Sozialhilfegesuchen von Menschen aus bäuerlichen Verhältnissen zu rechnen», beschreibt Yvonne Hofstetter die Ausgangslage. Diese Einschätzungen wurden ihr durch eine Umfrage bei bernischen Sozialdiensten bestätigt. Nur ganz vereinzelt wurden bisher Bauern finanziell unterstützt, und meist handelte es sich nur um punktuelle Hilfe. Die Befürchtung ist aber gross, dass sich dies ab dem nächsten Jahr rasch ändern könnte.

«Laut Schweizerischer Armutsstudie von 1992 leben 24 Prozent der Landwirte unter dem Existenzminimum der Ergänzungsleistung, 15,4 Prozent sogar unter dem Existenzminimum der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Sozialhilfe (SKOS). Nach den Arbeitslosen sind die Bauern die Bevölkerungsschicht mit dem grössten Anteil an Personen, die an der Schwelle zur Armut leben. Gleichzeitig werden soziale Dienstleistungen kaum in Anspruch genommen, wie Höpflinger und Wyss[1] feststellten.» Diese Aussagen machen Monika Baitz, Samar Grandjean und Marliese Rappo in ihrer Diplomarbeit «Armut und Landwirtschaft – Was gehen uns die Bauern an?», die 1998 an der Berner FHS entstanden ist.

Die drei Frauen haben das Thema aufgegriffen, weil sie in ihrer ländlichen Wohnumgebung mit den Existenzängsten der Bauernfamilien konfrontiert wurden. Bei ihrer Literaturrecherche wurden sie nicht fündig: Zu städtischen Randgruppen besteht jede Menge Literatur, die Armut auf dem Land aber ist in der Sozialarbeit (noch) kein Thema. Den Autorinnen ist es wichtig, dass sich die Sozialarbeit mit der Lebenswelt der Bauern befasst und die Armut der Kleinbauern thematisiert wird. Sie widmen deshalb einen grossen Teil ihrer Arbeit der Darstellung der aktuellen Landwirtschaftspolitik, dem davon ausgehenden Druck zum Strukturwandel, sprich Bauernsterben, und den sich wandelnden Familienformen.

[1] Höpflinger/Wyss: Am Rande des Sozialstaates, Haupt, 1994.

Strukturwandel

Nur noch 4,8 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Von 1990 bis 1996 hat die Zahl der Beschäftigten um 11 Prozent abgenommen – seit 1985 um 25 Prozent. Der Strukturwandel weist jedoch regional beträchtliche Unterschiede auf. Im Voralpengebiet, wie z.B. im Emmental, beträgt der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung in vielen Gemeinden immer noch rund einen Drittel, und auch das ansässige Gewerbe ist zu einem Grossteil von der Entwicklung in der Landwirtschaft abhängig. Im Talgebiet vollzog sich der Strukturwandel rascher, da der Nachwuchs aus bäuerlichen Familien sich eher anderen Berufen zuwandte und weniger bereit war, für die Aufrechterhaltung des elterlichen Betriebes eine 7-Tage-Woche und dazu allenfalls noch einen Nebenerwerb in Kauf zu nehmen. Besonders gross ist der Anpassungsdruck nun in jenen Gebieten, wo die Bauernfamilien aus Tradition und infolge fehlender Alternativen auf dem Arbeitsmarkt an den bisherigen Betriebs- und Lebensformen festgehalten hatten.

40 Prozent sind stark gefährdet

Anfangs der neunziger Jahre stellte das Landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum Bäregg (LBBZ) in Langnau im Emmental fest, dass ein Drittel aller Betriebe von der Substanz lebt und akut gefährdet ist, ein Drittel sich mittelfristig über Wasser halten kann, und ein Drittel gut verdient und eine gesicherte Zukunft hat. Heute sieht die Lage aufgrund der Buchhaltungszahlen dramatischer aus: 40 Prozent sind jetzt stark gefährdet, zulasten des mittleren Segmentes, während es dem obersten Drittel nach wie vor gut geht. In den nächsten Jahren kommt mit der Agrarpolitik 2002 ein zusätzlicher grosser Druck auf die Klein- und Mittelbetriebe zu:

- **BSE-Krise:** Wegen der Tierseuche BSE (Rinderwahnsinn) ist der Fleischkonsum zusammengebrochen, und die Preise, welche die Bauern erhalten, sind seit zwei Jahren praktisch bereits auf EU-Niveau gefallen.
- **Fallender Milchpreis:** Der Milchpreis ist für die Bauern bereits von Fr. 1.07 auf 87 Rappen gefallen und wird in den nächsten Jahren weiter auf 77 Rappen oder darunter sinken.
- **Direktzahlungen:** Durch Direktzahlungen gemeinwirtschaftlicher Leistungen werden die Einbussen bei den Preisen ausgeglichen, aber nur teilweise. Grossbetriebe profitieren mehr, denn die Direktzahlungen sind an die Fläche gebunden.
- **Gewässerschutz:** Die Direktzahlungen setzen Grenzen, wie viele Tiere pro Hektare gehalten werden dürfen. Dieser Grenzwert wird auf nächstes Jahr höchstwahrscheinlich gesenkt. Dies trifft als Einkommenseinbusse vor allem Mittel- und Kleinbetriebe, die intensiv bauern mussten, um ein genügendes Einkommen zu erzielen.
- **Ökologische Auflagen/Tierschutz:** Ab 1999 wird die Integrierte Produktion (IP), die einen massvollen, gezielten Dünger- und Spritzmitteleinsatz sowie Tierhaltungsvorschriften umfasst, zur Norm für die Schweizer Bauern. Nur noch jene Bauern erhalten Direktzahlungen, die die IP-Auflagen erfüllen. Die anderen rund 15 Prozent der Betriebe erhalten während drei Jahren noch die Hälfte der Beiträge, dann ist Schluss.

Diese einschneidenden Änderungen in der Landwirtschaft haben im Kanton

Bern das Kantonale Landwirtschaftsamt und das Kantonale Fürsorgeamt veranlasst, eine gemeinsame Strategie für existenzgefährdete Bauernfamilien zu entwickeln. Unter der Federführung des kantonalen Landwirtschaftsamtes wurde ein Merkblatt ausgearbeitet, das Bauernfamilien helfen soll, ihre Lage richtig einzuschätzen (s. Kasten) und entsprechend zu handeln. Mit der Unterstützung einer Begleitgruppe wird im Kantonalen Fürsorgeamt in Bern das Handbuch «Sozialhilfe im Kanton Bern» überarbeitet, um die Inhalte der Stichworte den neuen SKOS-Richtlinien und der FüG-Teilrevision anzupassen. In diesem Zusammenhang wird das Stichwort «Bauernfamilien» neu aufgenommen.

Besonders Sorgen machen Hans Grossenbacher, Leiter des Beratungsdienstes des LBBZ Bäregg, jene Betriebe, die noch nicht auf IP umgestellt haben und deren Stall und Jauchegrube nicht den Vorschriften entsprechen. Zum einen handelt es sich um «Auslaufbetriebe», deren Betriebsleiter kurz vor dem AHV-Alter stehen. «Wenn kein Nachfolger vorhanden ist, werden sich diese Bauern mit Einschränkungen noch über Wasser halten können, bis sie eine Rente erhalten.» Hier müsste investiert werden: «Und diese Investition führt nicht zu mehr Einkommen, sie sichert nur die Direktzahlungen, verursacht aber höhere Betriebskosten», macht Hans Grossenbacher auf die Zwickmühle aufmerksam. Den Betriebsberatern, die gestützt auf eine Wirtschaftlichkeitsprüfung über das Bauvorhaben und damit die Zukunft der Bauernfamilie entscheiden müssen, fällt es in Grenzfällen schwer, Schicksal zu spielen. «Manchmal erhalten Bauernfamilien durch eine Stall- oder Wohnungssanierung neuen Schwung, und es geht ihnen nachher auch finanziell besser», hat der Berater erfahren, aber andere «chnorzen» später unter der höheren Schuldenlast und hätten besser früher einen Schlussstrich gezogen.

Stütze und Ort der Konflikte

Die Bauernfamilie ist häufig noch eine Grossfamilie, mit drei oder gar vier Generationen auf einem Hof und kann häufig auf die Aushilfe von nichtbäuer-

Merkblatt für Bauernfamilien

«Existenzgefährdung in bernischen Bauernfamilien rechtzeitig erkennen und richtig handeln»: heisst das Merkblatt des Amtes für Landwirtschaft des Kantons Bern und weiterer bäuerlichen Organisationen, das die Bauern motivieren will, Existenzprobleme frühzeitig anzugehen und eine Beratung in Anspruch zu nehmen. «Können Rechnungen nicht mehr termingerecht bezahlt werden, weil die Liquidität plötzlich nicht mehr genügend gut ist, obschon im vorangehenden Zeitraum keine ausserordentlichen Ausgaben oder Investitionen getätigt wurden, ist dies ein direktes Alarmzeichen.» Weiter werden die Bauernfamilien angehalten, die Eigenkapitalentwicklung der letzten drei Jahre zu überprüfen. Wenn das Eigenkapital auf einem tiefen Stand und dessen Entwicklung im Trend negativ ist, sind dies Zeichen einer drohenden Existenzgefährdung. Auf dem Merkblatt sind die landwirtschaftlichen Beratungsdienste aufgeführt, die eine Analyse und Beratung anbieten können. *cab*

lichen Familienmitgliedern zählen. Diese Familienform wirkt gerade in dieser Zeit des Strukturwandels nicht nur unterstützend. Die ältere Generation versteht den Wandel nicht. Sie denkt an die «Anbauschlacht Wahlen» im Zweiten Weltkrieg zurück; die Entbehrungen und die schwere körperliche Arbeit, die Frauen und Kinder damals mittragen mussten. Damals wurde den Bauern von höchster Stelle vesprochen: «Man wird es Euch danken!» «Was ist nun aus diesem Dank geworden?», fragt sich eine alte Bäuerin in einem Leserbrief. Der Abstieg des Bauernstandes von der «staatserhaltenden Kraft» zu Subventionsempfängern, zu einer Randgruppe schmerzt und erschüttert die Bauern und Bäuerinnen in ihrem Selbstverständnis.

Häufig könne die ältere Generation nicht verstehen, wieso «es nun plötzlich nicht mehr gehen solle, sie hätten sich halt eingeschränkt», weiss der Berater. Diese Vorwürfe zielten oft an der Wahrheit vorbei. Wohl hätten die Eltern bescheiden gelebt, aber wenn während Jahrzehnten «kein Nagel eingeschlagen» und alle Investitionen auf die nächste Generation verschoben worden seien, dann werde der finanzielle Druck für den Nachfolger gewaltig.

Unterstützung durch Familie?

Welche Rolle spielt die familiäre Unterstützung auf dem Bauernhof: Ist es nicht eine Selbstverständlichkeit, dass z.B. die ältere Generation, die vielleicht bereits eine Rente bezieht, den Jungen über die Runden hilft? Der Landwirtschaftsberater will von diesem Klischee nichts wissen. Ihre Wirtschaftlichkeitsberechnungen stellten die Berater klar nur aufgrund des bäuerlichen und nichtbäuerlichen Einkommens der aktiven Generation an. Häufig trifft er aber Situationen an, in denen die junge oder die alte Generation nicht das abgibt, was sie sollte. Etwa das «Hotel Mama», in dem berufstätige Söhne und Töchter gratis zu Hause wohnen. Eine halbe Stunde Mithelfen auf dem Betrieb sei kein Grund, kein Kostgeld zu zahlen, spricht der Berater Klartext. Oder «fahrlässigerweise» sei bei der Hofübergabe für die Eltern ein lebenslanges, unentgeltliches Wohnrecht festgeschrieben worden. Wenn die Eltern nicht mehr auf dem Hof mitarbeiten könnten, müssten sie auch ein Kost- und allenfalls ein Betreuungsgeld zahlen, dazu seien sie mit der AHV- Rente und allenfalls der EL ja in der Lage. Mit diesen Abgeltungen für Leistungen gehe die Rechnung für die Bauernfamilie oft wieder auf. Eine darüber hinausgehende Verwandtenunterstützung komme wahrscheinlich ab und zu vor, sei ihm persönlich in den Beratungen aber noch nie begegnet, stellt Hans Grossenbacher klar.

Neue Betriebsformen

Noch vor zehn Jahren war ein Betrieb mit 10 bis 15 Hektaren ein schöner, stattlicher Bauernhof. Heute bieten Höfe dieser Grösse nur noch knapp eine bäuerliche Existenz. Folgende Lösungsansätze werden durch die landwirtschaftlichen Beratungsdienste vorgeschlagen:

- **Nebenerwerb suchen:** Entweder sucht der Bauer oder die Bäuerin einen Nebenerwerb. Die Bäuerinnen haben häufig bessere Voraussetzungen, da sie über einen nichtlandwirtschaftlichen Berufsabschluss verfügen. Ob nun der Bauer oder die Bäuerin einem Nebenerwerb nachgeht, der Betrieb oder der Haushalt

muss auf den Nebenerwerb abgestimmt werden, sonst ist die Arbeitsbelastung auf die Dauer nicht tragbar.

- **Vergrössern:** Land dazukaufen oder pachten, um einen höheren Ertrag zu erwirtschaften.
- **Kosten senken:** Mit Nachbarn eine Betriebszweiggemeinschaft (z.B. ein Bauer hat die Milchkühe im Stall, der andere nur die Rinder und macht Ackerbau oder geht einem Nebenerwerb nach) eingehen und trotzdem selbständig bleiben oder gar eine Betriebsgemeinschaft (Maschinen und Tiere werden zusammengelegt und nur eine Buchhaltung geführt, Ferien und Wochenenddienste werden möglich).
- **Tiere bei anderem Bauern einstellen, aber selber betreuen:** Eine Notlösung, wenn sich eine Stallsanierung nicht finanzieren lässt und kurzfristig keine andere Möglichkeit offen ist.

Die neuen Zusammenarbeitsformen sind stark im Aufwind. Dabei sind regionale Unterschiede vorhanden. Der Trend geht von der Westschweiz zur Ostschweiz und vom Tal- zum Berggebiet. Die Romands waren die ersten, die sich das engere Zusammenspannen mit den Nachbarn vorstellen konnten. Im Hügel- und Berggebiet stellen sich wegen der grösseren Distanzen und Einzelhofsiedlungen nicht nur mentalitätsmässige, sondern auch praktische Hindernisse.

Fürsorge: Nur im Notfall

Schliesslich bleibt noch der Ausstieg aus dem Bauernberuf, indem das Land verpachtet wird. Zum Überleben reicht das Verpachten allein nicht: Der Pachtzins beträgt 3 bis 5 Franken pro Aare. Dem parzellenweisen Verkauf schiebt das bäuerliche Bodenrecht einen Riegel vor; dies ist nur bei Kleinstbetrieben möglich. Da die Bauernbetriebe wachsen müssen und dies wegen der flächengebundenen Direktzahlungen interessant ist, bieten Bauern Preise, die weit über dem liegen, was ihnen das Land an Erträgen wieder einbringen kann, nämlich 300 bis 500 Franken pro Aare. Dazu Hans Grossenbacher: «Verkaufen kann man nur einmal, und häufig bleibt nach dem Abtragen der Schulden nicht mehr viel übrig.» Dazu kommt der Umzug in eine teurere Wohnung, ohne Möglichkeit zur Selbstversorgung.

Alle diese Fragen zu prüfen und Lösungswege aufzuzeigen, ist die Aufgabe der Landwirtschaftsberatung, die in der Regel zeitlich vor den Fürsorgebehörden aktiv wird. Die LBBZ machen jedoch ähnliche Erfahrungen wie Sozialdienste: Die Leute kommen erst, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht und Betreibungen laufen. «Wenn die Leute sich früher melden, stehen die Chancen besser, dass eine gute Lösung gefunden werden kann», weiss Hans Grossenbacher. Für Sozialarbeiterinnen und -arbeiter ist es schwierig, sich im Landwirtschaftsdschungel zu orientieren. Sie sollen und müssen die betrieblichen Fragen nicht selber entscheiden, sondern mit den Beratungsdiensten zusammenarbeiten, davon geht das Zusammenarbeitsmodell im Kanton Bern aus. Nur: die landwirtschaftliche Beratung und die Finanzdienstleistungen durch die Agro-Treuhandstellen sind gebührenpflichtig. Die Sozialhilfe wird im Einzelfall über die Gebührenübernahme entscheiden.

Die von den Berner Sozialarbeiterinnen befragten Bauernfamilien sagten, sie würden nur im äussersten Notfall die Hilfe der Fürsorge in Anspruch neh-

men. Weil die Bauern als Selbständigerwerbende noch jahrelang von der Substanz des Hofes zehren können, z.B. indem sie keine oder ungenügende Rückstellungen bilden, wird die Armut nicht sichtbar. Die soziale Kontrolle auf dem Land schreckt Bedürftige davor ab, Fürsorgeleistungen in Anspruch zu nehmen. Vielen anderen geht es genauso schlecht, vielleicht sogar jenen Frauen und Männern, die in der Fürsorgebehörde über Unterstützungsgesuche entscheiden müssen. Das Finalprinzip[2] der Sozialhilfe wird in so einer Runde auf eine harte Probe gestellt, denn auf dem Land bleibt fast nichts den Blicken der Nachbarn verborgen: Eine Familie geht zu locker mit dem Geld um oder der Bauer hat aus Prestigegründen zu teure Kühe im Stall oder zu grosse Maschinen in der Scheune oder er ist eben nicht der Umtriebigste.

Viele Fragen sind offen

Müssen Bauernfamilien dauernd unterstützt werden, stellen sich Fragen über Fragen. Die Antworten aus der Praxis fehlen noch weitgehend. Eine Hauptschwierigkeit rührt daher, dass Privat- und Betriebsvermögen sowie Aufwendungen für den Privathaushalt und den Betrieb nicht, oder nicht vollständig ausgeschieden werden. Selbst wenn für den Lebensunterhalt die Pauschalbeträge der SKOS als Grundlage genommen werden, stimmt dies für einen Landwirtschaftsbetrieb nicht, da ein Anteil durch Selbstversorgung abgedeckt werden kann. Die Landwirtschaftliche Beratungszentrale in Lindau ZH verfügt über Angaben, wie viel ein Bauernbetrieb im Tal- und im Berggebiet durch Selbstversorgung erwirtschaften kann (Adresse: Landw. Beratungszentrale Lindau LBL, Eschikon 28, 8315 Lindau, Tel. 052/354 97 00, Fax. 052/354 97 97). Oder die Anrechnung eines Mietanteils: Wie viel wird angerechnet, wenn die Wohnung in einem traurigen Zustand ist und die Hypotheken in Maschinen und Stall investiert wurden? Die Erfahrungen und Meinungen der Leserinnen und Leser zum Thema Unterstützung von Bauernfamilien interessiert uns: Redaktion Zeitschrift für Sozialhilfe, Postfach, 3550 Langnau i.E. *cab*

Wie andere Selbständigerwerbende

Die Situation der Bauernfamilien ist in der Sozialhilfe grundsätzlich gleich zu behandeln wie diejenige anderer Selbständigerwerbender. Das Ziel der Sozialhilfe besteht darin, den materiellen Grundbedarf zu sichern und die soziale und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu fördern. Es ist aber nicht die Aufgabe der Sozialhilfe, die wirtschaftlichen und strukturellen Probleme der Landwirtschaftspolitik zu lösen. Heidi Oppliger, Leiterin der Abteilung Sozialhilfe im Fürsorgeamt des Kantons Bern, weiss aus einer Umfrage bei den Sozialdiensten, dass es schwierig ist, für die wenigen Bauernfamilien, die bereits finanziell unterstützt werden, Lösungen zu finden. Aus diesem Grunde muss die Situation der Hilfe- und Ratsuchenden genau geprüft werden. Die SozialarbeiterInnen müssen in jedem

[2] Finalprinzip: Ausschlaggebend ist die Bedürftigkeit, nicht die Ursache, die dazu geführt hat.

einzelnen Fall gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungen suchen und Ziele anvisieren.

«Die Kleinbauern erhalten durch ihren Betrieb automatisch eine Tagesstruktur und sind in die Dorfgemeinschaft integriert. Aus unserer Sicht ist es deshalb viel sinnvoller, wenn von Armut betroffene Kleinbauern ihre Betriebe erhalten können, wenn nötig mit Teilunterstützung durch die Fürsorge. Die Sozialhilfe sollte sich nicht scheuen, zusätzliche Kosten für kleinere Anschaffungen und Reparaturen der Fahrhabe zu übernehmen, wenn ein Kleinbauernbetrieb finanziell unterstützt wird», schreiben auch Monika Baitz, Samar Grandjean und Marliese Rappo in ihrer Diplomarbeit.

Eigentlich müsste ihrer Meinung nach die Diskussion jedoch an anderen Punkten ansetzen: Bei der Frage, warum die versteckte Armut auf dem Land nicht wahrgenommen wird, ob sie nicht wahrgenommen werden «darf». Oder wie es ein Sozialarbeiter, der eine Bauernfamilie betreut, formuliert: «Ich verstehe nicht, wieso für die Bauern kein soziales Netz *vor* der Fürsorge da ist, wo doch die Entwicklung in der Landwirtschaft staatlich gelenkt wird und Milliarden dafür aufgewendet werden.» Wieso hat ein Strafentlassener Anspruch auf Arbeitslosentaggelder, nicht aber ein Kleinbauer, der seinen Hof infolge des politisch gewollten Strukturwandels aufgeben muss?

Charlotte Alfirev-Bieri

Schwellenängste abbauen und zum Handeln ermutigen

Offenes Ohr: Sorgentelefon für Bäuerinnen und Bauern

Zu Beginn ging es in den Anrufen um Vereinsamung, in den folgenden Monaten vor allem um wirtschaftliche Probleme: Das Sorgentelefon für Bäuerinnen, Bauern und deren Angehörige in der deutschen Schweiz ist laut seinen Initiantinnen sehr nötig. Im ersten Jahr wurden gegen 200 Anrufe beantwortet; zwei Drittel der Anrufenden waren Frauen, 62 Prozent der Anrufe kamen aus dem Berggebiet.

Gestartet wurde das Sorgentelefon am 23. Dezember 1996 und Hochbetrieb hat es im Winter. An der Institution Sorgentelefon schätzen viele Anrufende ganz offensichtlich, dass sie ihre Schwierigkeiten «von der Stube aus» besprechen können. Acht ehrenamtlich tätige Beraterinnen und Berater im Alter zwischen 35 und 70 Jahren, wohnhaft in den Kantonen Thurgau, Bern, Zürich, St. Gallen, alle mit der Landwirtschaft vertraut, beantworten abwechslungsweise jeden Montagmorgen Anrufe. Sie sind ebenso anonym wie die Anrufenden.

Die Telefongespräche dauern oft lange, eine halbe Stunde, manchmal eine ganze, berichtet Hildegard Bürgi von den Erfahrungen der BeraterInnen. Die pensionierte Bäuerin aus Schindellegi ist Vizepräsidentin des Vereins Sorgentelefon und macht selber keine Beratungen. Aber sie ist im Bild: Während die Anrufenden in den Anfangsmonaten des Sorgentelefons vor allem über Einsamkeitsprobleme gesprochen hätten, seien bald einmal wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Vordergrund gerückt. In den Gesprächen am Sorgentelefon